

Glos unterstützt Modell mit Kopfpauschale

Der wissenschaftliche Beirat von Wirtschaftsminister Glos plädiert für lohnunabhängige Gesundheits-Prämien. Kassen und Ärzte müssten direkt miteinander Verträge schließen können.

In der laufenden Diskussion um die Gesundheitsreform hat sich der wissenschaftliche Beirat im Bundeswirtschaftsministerium dafür ausgesprochen, vom Einkommen unabhängige Beiträge zu erheben. Dies sei der wichtigste Ansatzpunkt, um mehr Wettbewerb ins System zu bringen, sagte der Vorsitzende des Beirats, Axel Börsch-Supan, am Donnerstag in Berlin. Der Sozialausgleich für Einkommensschwache müsse über Steuern erfolgen.

Das Kernproblem, mehr Wettbewerb zu schaffen, werde in der ganzen Debatte nicht angegangen, bemängelte Börsch-Supan. Die Kassen müssten jeden aufnehmen, der aufgenommen werden wolle. Allerdings sei ein umfassender Finanzausgleich zwischen den Kassen auf Basis der Gesundheitsrisiken ihrer Versicherten notwendig.

Funktioniere der Ausgleich, dann hingen die für alle Versicherten einer Kasse einheitlichen Beiträge nur noch davon ab, wie gut sie wirtschaftete, erläuterte Börsch-Supan. Die Prämie würde also umso niedriger ausfallen können, je wirtschaftlicher ein Kasse arbeitet. Wer die Pauschalbeiträge wegen geringen Einkommens nicht aufbringen kann, solle ein «Gesundheitsgeld» ähnlich dem Wohngeld erhalten. Der Zuschuss würde aus Steuergeldern finanziert.

Darüber hinaus müsse auch auf der Anbieterseite mehr Wettbewerb entstehen. Der Beirat sprach sich dafür aus, das Vertragsmonopol der kassenärztlichen Vereinigungen aufzuheben. Die Kassen sollten völlig frei entscheiden, mit wem sie einen Vertrag abschließen. Wer ihnen zu teuer oder zu schlecht ist, dessen Leistungen müssten sie auch nicht mehr bezahlen. Den diskutierten Gesundheitsfonds lehnte der Beirat ab. Er Sorge nicht für mehr Transparenz, sondern sei eine «Missgeburt», kritisierte Börsch-Supan.

Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) lobte die Vorschläge seines wissenschaftlichen Beirats als «wertvollen Diskussionsbeitrag». (...) Ohne die Stärkung wettbewerblicher Strukturen werde jede Reform auf der Einnahmeseite vergeblich sein.

Der vollständige Artikel erschien am 22. Juni 2006 in der netZeitung.